

Interpellation Fraktion SVP (Ueli Jaisli, SVP): Gelebte Solidarität in der Krise – kann die Verwaltung auch einen Beitrag leisten?

Seit dem Lockdown von Mitte März 2020 hat der Bundesrat nun laufend Lockerungsmassnahmen im Verhalten mit Covid 19 beschlossen. Die Langzeitauswirkungen, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, können im jetzigen Zeitpunkt aber nicht abgeschätzt werden; schon heute sind die Folgen für kleine Betriebe teilweise verheerend. Viele Einzel- und Kleinbetriebe wollen gerade durch ihren Einsatz einen Beitrag für die Wirtschaft leisten. Das ist nicht nur für ihre Motivation wichtig, sondern auch für den Staat, so fallen sie dem Gemeinwesen nicht zur Last. In dieser Zeit ist es aber auch wichtig, dass ebenfalls auf sämtlichen Staats- bzw. Verwaltungsebenen geholfen wird.

Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Können im Hinblick auf die vom Gemeinderat angekündigten Sparmassnahmen auch Kadermitarbeitende mit einem Mindesteinkommen von netto CHF 10'000.00 monatlich linear, das heisst auf 10% ihres Einkommens, monatlich verzichten (mindestens CHF 1000.00)?
2. Sieht der Gemeinderat eine solche Massnahme auch als solidarisch mit vielen KMUs, die heute und noch längerfristig um ihr Überleben kämpfen?
3. Wenn ja, könnte er wenigstens im Sinne eines Zeichens vorab eine Empfehlung im vorbeschriebenen Sinne an Mitarbeitende in diesem hohen Lohnbereich abgeben?
4. Sieht der Gemeinderat auch längerfristig Möglichkeiten, einen allenfalls befristeten Beitrag auf diese Weise sicherzustellen?
5. Sieht der Gemeinderat andere Möglichkeiten der Solidarität seitens der Verwaltung, die verbindlich erklärt werden können?
6. Sind die Mitglieder des Gemeinderates bereit, auch persönlich einen Solidaritätsbeitrag zu leisten, und wenn ja welchen?

Begründung der Dringlichkeit

Trotz laufender Lockerungsmassnahmen leiden vor allem KMUs unter der Coronakrise. Die Folgen sind noch nicht abschätzbar. Aus diesem Grund, und auch um ein Zeichen zu setzen, ist rasches Handeln angesagt.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 25. Juni 2020

Erstunterzeichnende: Ueli Jaisli

Mitunterzeichnende: Daniel Michel, Erich Hess, Janosch Weyermann, Thomas Glauser